Formulare zum Nachweis der Eignung

Kreisverkehrsgesellschaft Main-Kinzig (KVGMK)
und
Hanauer Straßenbahn GmbH

–

EU-weite Ausschreibung öffentlicher Personenverkehrsdienste im Linienbedarfsverkehr (On-Demand-Verkehr) im Main-Kinzig-Kreis und in der Stadt Hanau – zwei Gebietslose

Hinweise:

1. Auf die in der EU-weiten Bekanntmachung aufgenommenen Mindestanforderungen an die Eignung ist zu achten! Werden diese nicht erreicht, muss ein Ausschluss erfolgen.

2. Bitte reichen Sie die nachfolgenden Formulare ausgefüllt an den dafür vorgesehenen Stellen zurück.

3. Die eingereichten und ausgefüllten Formulare sind ohne Unterschrift gültig; es sei denn, eine Unterschrift ist ausdrücklich gefordert.

Formular I
Erklärung der Bietergemeinschaft

(Von der Bietergemeinschaft auszufüllen. Sofern die Bietergemeinschaft mehr als vier Mitglieder haben soll, ***ist das Formular zu vervielfältigen****.)*

☐ Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist nicht vorgesehen

☐ Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter: _____

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt sowie berechtigt ist, ein gemeinsames Angebot abzugeben und
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____ _____ _____
(Ort) (Datum) (Firmenstempel und Unterschrift)

_____ _____ _____
(Ort) (Datum) (Firmenstempel und Unterschrift)

_____ _____ _____
(Ort) (Datum) (Firmenstempel und Unterschrift)

_____ _____ _____
(Ort) (Datum) (Firmenstempel und Unterschrift)

Formular II
Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

(Das Formular ist von allen beteiligten Unternehmen auszufüllen, d.h. vom Bieter, sämtlichen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft und Eignungsverleihern. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bieter
☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft
☐ Eignungsverleiher

1. Ich/Wir erkläre(n), dass
   - keine Person, deren Verhalten[1] meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach[2]:

     a) § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

     b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

     c) § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),

     d) § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

     e) § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

     f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit, Bestechung und Bestechung im Gesundheitswesen),

[1] Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

[2] Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) und § 108f des Strafgesetzbuches (Unzulässige Interessenwahrnehmung),

h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

j) den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),

– mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).

2. Ich/wir erkläre(n), dass

– mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen – insbesondere auch nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz, dem Aufenthaltsgesetz, dem Mindestlohngesetz, dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sowie dem Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung von Produkten (Ökodesign-Gesetz) – verstoßen hat,

– mein/unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet und seine Tätigkeit auch nicht eingestellt hat,

– mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens[3] infrage gestellt wird,

– mein/unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

– kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,

[3] siehe Fußnote 1 auf Seite 1

- mein/unser Unternehmen nicht bereits in der Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war oder dass dadurch keine Wettbewerbsverzerrung resultiert,

- mein/unser Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

- mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- mein/unser Unternehmen nicht versucht hat oder versuchen wird, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die das Unternehmen unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte,

- mein/unser Unternehmen keine irreführenden oder unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren abgegeben hat oder abgeben wird.

3. Mir/Uns ist bekannt, dass seitens der Vergabestelle noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse meines/unseres Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Wettbewerbsregister führen können, eingeholt wurden.

Ich/Wir versichere/versichern hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten[4] oder zu einem Eintrag in das Wettbewerbsregister[5] führen könnten.

---

[4] Verfehlungen, die in der Regel zum Ausschluss des Bieters oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind – unabhängig von der Beteiligungsform, bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten – insbesondere:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u.a. Betrug, Subventionsbetrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung – auch im geschäftlichen Verkehr – oder Vorteilsgewährung,
- das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahestehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden.
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, u.a. Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten, sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen, führen dann zum Ausschluss, wenn Tatsachen auch auf unrechtmäßige oder unlautere Einflussnahme auf das Vergabeverfahren hindeuten.

[5] Ein Eintrag in das Wettbewerbsregister kann unabhängig von einem Vergabeausschluss auch erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz – WRegG) vorliegen:

(1) In das Wettbewerbsregister sind einzutragen:

1. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen und Strafbefehle, die wegen einer der folgenden Straftaten ergangen sind:

a) in § 123 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführte Straftaten,

b) Betrug nach § 263 des Strafgesetzbuchs und Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuchs,

soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,

c) Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt nach § 266a des Strafgesetzbuchs,

d) Steuerhinterziehung nach § 370 der Abgabenordnung oder

e) wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen nach § 298 des Strafgesetzbuchs;

2. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen und Strafbefehle sowie rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die wegen einer der folgenden Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten ergangen sind, sofern auf Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen erkannt oder eine Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro festgesetzt worden ist:

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu 3. zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen kann.

Hinweis:
Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen getroffen haben, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung dem Teilnahmeantrag beizufügen.

---

a) nach § 8 Absatz 1 Nummer 2, den §§ 10 bis 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1842), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. März 2017 (BGBl. I S. 399) geändert worden ist,

b) nach § 404 Absatz 1 und 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 8 des Gesetzes vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) geändert worden ist,

c) nach den §§ 15, 15a, 16 Absatz 1 Nummer 1, 1c, 1d, 1f und 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2017 (BGBl. I S. 258) geändert worden ist,

d) nach § 21 Absatz 1 und 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 39 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) geändert worden ist, oder

e) nach § 23 Absatz 1 und 2 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 40 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) geändert worden ist;

3. rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, auch in Verbindung mit § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, wegen Straftaten nach Nummer 1 oder Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten nach Nummer 2 ergangen sind; oder

4. rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die wegen Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Absatz 1 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) ergangen sind, wenn ein Bußgeld von wenigstens einhundertfünfundsiebzigtausend Euro festgesetzt worden ist.

(2) In das Wettbewerbsregister werden ferner Bußgeldentscheidungen eingetragen, die wegen Ordnungswidrigkeiten nach § 81 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 2 Nummer 1 in Verbindung mit § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ergangen sind, wenn eine Geldbuße von wenigstens fünfzigtausend Euro festgesetzt worden ist. Nicht eingetragen werden Bußgeldentscheidungen, die nach § 81a Absatz 1 bis 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ergangen sind.

Formular III
Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG

(Das Formular ist von allen beteiligten Unternehmen auszufüllen, d.h. vom Bieter, sämtlichen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft und Eignungsverleihern. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bieter
☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft
☐ Eignungsverleiher

Gemäß § 19 Abs. 3 MiLoG müssen Öffentliche Auftraggeber für den Bieter/die Bieterin beim Wettbewerbsregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 oder 2 MiLoG anfordern oder von diesen eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen, verlangen.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nachweislich nicht vorliegen.
- ich/wir zur Kenntnis genommen habe(n), dass auch im Falle einer Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte aus Wettbewerbsregister anfordern können.

Formular IV
Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, in der jeweils geltenden Fassung (zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025)

(*Das Formular ist von jedem Bieter auszufüllen. Bei Bietergemeinschaften muss das Formular von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft ausgefüllt werden.* ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

Bieter

Mitglied einer Bietergemeinschaft

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

   a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bieters/Bieters oder die Niederlassung des Bieters/Bieters in Russland,

   b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,

   c) durch das Handeln der Bieter/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

   d) sowie nicht durch sonstige Formen der unmittelbaren oder mittelbaren Kontrolle im Sinne des Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (z. B. über Stimmrechte, Vereinbarungen oder vergleichbare Einflussmöglichkeiten).

2. Ich/wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

Dies gilt auch für mittelbar beteiligte Unternehmen und die gesamte Lieferkette, soweit diese für die Leistungserbringung relevant ist.

3. Ich/Wir bestätigen und stellen sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt und die zu dem von Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 erfassten Personenkreis gehören.

   Änderungen in der personellen oder unternehmerischen Struktur, die zu einem Verstoß gegen Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 führen könnten, werden dem Auftraggeber unverzüglich mitgeteilt.

4. Ich/Wir erkläre(n), dass keine Umgehungshandlungen vorgenommen werden, insbesondere keine Einschaltung von Drittstaaten, Treuhandkonstruktionen oder verbundenen Unternehmen zur Umgehung der Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 erfolgt.

Ort, Datum	Firmenname, Unterschrift des Erklärenden
	Name des Erklärenden in Druckschrift

[1] *Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung (zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 lautet wie folgt:*

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buch staben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und der Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung.

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

f) (gestrichen)

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Formular V
Verpflichtungserklärung nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)

(*Das Formular ist von jedem Bieter auszufüllen. Bei Bietergemeinschaften muss das Formular von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft ausgefüllt werden.* ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

Bieter

Mitglied einer Bietergemeinschaft

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn entsprechend den Vorgaben des § 4 HVTG zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU-Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

1. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 HVTG oder der jeweils geltenden Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 HVTG entsprechen. Soweit die Leistungen nicht von Abs. 1, sondern von § 4 Abs. 2 HVTG erfasst werden, verpflichte/n ich/wir mich/uns, bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt und die Leistungen zu gewähren, die den Vorgaben des MiLoG entsprechen. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Verpflichtungen verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller deren Einhaltung nachzuweisen ist.

- meinen / unseren Beschäftigten bei der Ausführung einer Leistung über Verkehrsleistungen und freigestellte Schülerverkehre gemäß § 8 Abs. 1 HVTG mindestens das in Hessen für diese Leistung in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung und der für entgeltrelevant erklärten Bestandteile dieser Tarifverträge zu zahlen und Erhöhungen während der Ausführungszeit vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind Auszubildende.

2. Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs. 1 und 3 MiLoG vorliegen.

3. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, für den Fall des Einsatzes von Nachunternehmen, die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4, 5 und 8 HVTG durch die Nachunternehmen sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber nach Auftragserteilung, spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen, eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens im vorstehenden Sinne vorzulegen. Gleiches gilt, wenn ich/wir oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetze(n)/einsetzt. Diese Verpflichtung gilt entsprechend auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.

4. Ich/wir erkennen die nachfolgenden Vertragsbedingungen an:

„Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Verlangen des Auftraggebers die Einhaltung der Verpflichtungen nach den §§ 4, 5 und 8 HVTG jederzeit nachzuweisen oder Auskunft darüber zu erteilen. Er hat vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten. Der Auftraggeber darf angekündigt oder unangekündigt in erforderlichem Umfang anlassbezogen Einsicht in diese Unterlagen, insbesondere in Entgeltabrechnungen und andere Geschäftsunterlagen Auftragnehmers nehmen, aus denen Umfang, Art und Dauer von Beschäftigungsverhältnissen sowie die tatsächliche Entlohnung von Beschäftigten hervorgehen oder abgeleitet werden können. Auf Verlangen des Auftraggebers sind ihm diese Unterlagen elektronisch in Textform zur Verfügung zu stellen. Der Auftraggeber darf die ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen nur zu dem Zweck nach Satz 1 nutzen. Die Unterlagen dürfen höchstens bis zu einem Jahr nach Erfüllung des Vertrags mit dem Auftragnehmer aufbewahrt werden. Der Auftragnehmer hat vertraglich sicherzustellen, dass der Auftraggeber diese Rechte auch gegenüber etwaigen Unterauftragnehmern gelten. Alle Nachunternehmen und Verleihunternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen nach Satz 3 hinzuweisen.“

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,
dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unsere Verpflichtungen

- den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
- den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
- ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
- nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.

Formular VI
Eigenerklärung zum Unternehmen

(Das Formular ist von jedem Bieter auszufüllen. Bei Bietergemeinschaften muss das Formular von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft ausgefüllt werden. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bieter
☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft

Die Angaben zum Unternehmen sind rein informatorisch.

(i) Hauptsitz des Unternehmens:	
(ii) Rechtsform	
(iii) Gründungsjahr:	
(iv) Gesellschafter und Konzernzugehörigkeit	
(v) Größe des Unternehmens	Kleinstunternehmen Klein Mittel Groß

Bezeichnung	Beschäftigte	Jahresumsatz
Kleinstunternehmen	Bis 9	Bis 2 Mio.
Kleine Unternehmen	Bis 49	Bis 10 Mio.
Mittlere Unternehmen	Bis 249	Bis 50 Mio.
Großunternehmen	Über 249	Über 50 Mio.

(vi) Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers, sofern das Unternehmen nicht börsennotiert ist.	Unternehmen ist börsennotiert Nationalität: _____
(vii) Aufstellung der Mitarbeitenden nach Berufsgruppen unterteilt:	Gesamtzahl Mitarbeitende: _____ Weitere Angaben zu beschäftigten Berufsgruppen: _____ _____ _____ _____ _____ _____

Formular VII
Eigenerklärung zu der Berufshaftpflichtversicherung

(Das Formular ist von jedem Bieter auszufüllen. Bei Bietergemeinschaften kann das Formular von jedem Mitglied oder von der Bietergemeinschaft als solcher ausgefüllt werden. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bieter
☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

☐ über eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung bei der

_____

(Bitte eintragen)

mit folgenden Mindest-Deckungssummen pro Versicherungsfall

für Sach- und Personenschäden	5 Mio. EUR
für Vermögensschäden	2.5 Mio. EUR

verfüge(n). Die jeweils genannten Mindest-Deckungssummen müssen pro Vertragsjahr 2-fach zur Verfügung stehen.

☐ im Fall der Auftragserteilung bei der

_____

(Bitte eintragen)

eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit den folgenden Mindest-Deckungssummen
pro Versicherungsfall

für Sach- und Personenschäden	5 Mio. EUR
für Vermögensschäden	2.5 Mio. EUR

abschließen. Die jeweils genannten Mindest-Deckungssummen müssen pro Vertragsjahr 2-fach zur Verfügung stehen.

Formular VIII
Eigenerklärung zu den Umsätzen

(Das Formular ist von jedem Bieter auszufüllen. Bei Bietergemeinschaften kann das Formular von jedem Mitglied oder von der Bietergemeinschaft als solcher ausgefüllt werden. Das Formular ist im Fall der wirtschaftlichen- und/oder finanziellen Eignungsleihe vom Eignungsverleiher auszufüllen. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bieter
☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft
☐ Eignungsverleiher wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Hinweis:
Es muss ein durchschnittlicher jährlicher Gesamtumsatz in Höhe von:

(a) 2,6 Mio. EUR (netto) bei einem Angebot auf Los 1 und 2,
(b) 1,9 Mio. EUR (netto) bei einem Angebot nur auf Los 1 oder
(c) 720.000 EUR bei einem Angebot nur auf Los 2

muss im Mittel in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren erreicht oder überschritten worden sein (**Mindestanforderung**).

Es muss ein Mindestumsatz im Leistungsbereich „Softwarebasierte On-Demand-Verkehrsleistungen“ von mindestens 700.000 EUR (netto) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren im Mittel erreicht oder überschritten worden sein (**Mindestanforderung**).

Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Geschäftsjahr	Umsatz in EUR (netto) im Leistungsbereich „Softwarebasierte On-Demand-Verkehrsleistungen“	Gesamtumsatz in EUR (netto)
im Mittel		

Formular IX
Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen

(Das Formular ist von jedem Bieter auszufüllen. Bei Bietergemeinschaften kann dieses von jedem Mitglied oder von der Bietergemeinschaft als solche ausgefüllt werden. Für die Beschreibung/Darstellung und weitere Referenzprojekte können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bieter
☐ Mitglied einer Bietergemeinschaft

HINWEIS: Es sind **mindestens drei** Unternehmens-Referenzen nachzuweisen, die kumulativ die folgenden **Mindestanforderungen (a) – (c)** erfüllt:

(a) Erarbeitung einer softwarebasierten On-Demand-Verkehrsleistung. Eine solche liegt vor, wenn die Buchung der Fahrten bzw. Anmeldung der Fahrtwünsche und Distribution der Fahrzeuge mittels eines voll oder über Schnittstellen integrierten IT-Systems, bei dem die Buchung/Fahrtwunschanmeldung mindestens durch eine smartphonebasierte Buchungsapp für die Fahrgäste vorgenommen werden kann, und das innerhalb eines bestimmten Bediengebiets automatisch dynamische Fahrtrouten unabhängig von vorab festgelegten Fahrplänen oder Fahrtzeiten aufgrund der Fahrtwünsche vorgibt und automatisch und dynamisch mehrere Fahrtwünsche zu einer Fahrt zusammenfasst.

(b) Es darf sich bei den durchgeführten On-Demand-Verkehrsleistungen nicht um Taxi- (§ 47 PBefG) oder Mietwagenverkehre (§ 49 PBefG) gehandelt haben.

(c) Der Ausführungszeitraum muss überwiegend in den letzten 3 Jahren vor der Angebotsfrist (überwiegende Leistungserbringung nicht vor November 2023) gelegen haben.

Mindestens eine der Unternehmens-Referenzen muss **zusätzlich** zu den Mindestanforderungen (a) – (c) die folgende **Zusatzanforderung (d)** erfüllen:

(d) Bei mindestens 50 % (bezogen auf den Spitzenwert der eingesetzten Fahrzeuge) der eingesetzten Fahrzeuge wurden batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge eingesetzt.

Mindestens eine der Unternehmens-Referenzen muss **zusätzlich** zu den Mindestanforderungen (a) – (c) die folgende **Zusatzanforderung (e)** erfüllen:

(e) Während des Drei-Jahres-Zeitraums vor der Angebotsfrist wurden mindestens 10 Fahrzeuge gleichzeitig in der Spitze eingesetzt.

Hinweis: Die Zusatzanforderungen (d) und (e) können in einem Referenzprojekt erbracht worden sein.

Die Mindestanforderungen sind nachzuweisen. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Referenz _____ :

Auftrags-/Projektbezeichnung: _____

Art der Leistung:

Genehmigungsart (z.B. § 44 PBefG): _____

Genehmigungsinhaber: _____

Ort der Verkehrsleistung: _____
(Staat sowie Region/Landkreis/Stadt o.ä.)

Eingesetzte On-Demand-Softwarelösung: _____

Anzahl der gleichzeitig eingesetzten Fahrzeuge: _____

Anzahl der batterieelektrisch betriebenen Fahrzeuge: _____

Referenzgeber (=Auftraggeber): _____

Auftragnehmer: _____

Ansprechperson beim Auftraggeber mit Kontaktdaten: _____

Auftragswert: _____

Beginn Ausführungszeitraum (MM/JJJJ): _____

Ende Ausführungszeitraum (MM/JJJJ): _____

Kontrollfragen zum Auftragsinhalt der Referenz (bitte ankreuzen):

- Handelte es sich um eine softwarebasierten On-Demand-Verkehrsleistung, bei der die Buchung der Fahrten bzw. Anmeldung der Fahrtwünsche und Distribution der Fahrzeuge mittels eines voll oder über Schnittstellen integrierten IT-Systems, bei dem die Buchung/Fahrtwunschanmeldung mindestens durch eine smartphonebasierte Buchungsapp für die Fahrgäste vorgenommen

werden kann, und das innerhalb eines bestimmten Bediengebiets automatisch dynamische Fahrtrouten unabhängig von vorab festgelegten Fahrplänen oder Fahrtzeiten aufgrund der Fahrtwünsche vorgibt und automatisch und dynamisch mehrere Fahrtwünsche zu einer Fahrt zusammenfasst wurden? (**Mindestanforderung**)

☐ ja ☐ nein

- Handelte es sich bei den durchgeführten On-Demand-Verkehrsleistungen nicht um Taxi- (§ 47 PBefG) oder Mietwagenverkehre (§ 49 PBefG)? (**Mindestanforderung**)

☐ ja ☐ nein

- Ist es zutreffend, dass der Ausführungszeitraum überwiegend in den letzten 3 Jahren vor der Angebotsfrist (überwiegende Leistungserbringung nicht vor November 2023) gelegen hat? (**Mindestanforderung**)

☐ ja ☐ nein

- Wurden bei mindestens 50 % (bezogen auf den Spitzenwert der eingesetzten Fahrzeuge) der eingesetzten Fahrzeuge wurden batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge eingesetzt? (**Zusatzanforderung**)

☐ ja ☐ nein

- Wurden während des Drei-Jahres-Zeitraums vor der Angebotsfrist mindestens 10 Fahrzeuge gleichzeitig in der Spitze eingesetzt? (**Zusatzanforderung**)

☐ ja ☐ nein

Beschreibung des (jeweiligen) Auftrags/Projekts und Darstellung der erbrachten Leistungen.

Formular X
Eigenerklärung zur Projektleitung

(Das Formular ist von jedem Bieter auszufüllen. Bei Bietergemeinschaften kann dieses von jedem Mitglied oder von der Bietergemeinschaft als solche ausgefüllt werden. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

(Firma eintragen)

Der Bieter benennt den vorgesehenen Projektleitenden und stellvertretenden Projektleitenden namentlich und erklärt verbindlich, dass diese im Auftragsfall ab Vertragsbeginn für die gesamte Vertragslaufzeit entsprechend ihrer Rolle eingesetzt werden und die hierfür erforderlichen zeitlichen Kapazitäten verfügbar sind. Er versichert, dass die benannten Personen der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind.

Dem Angebot sind zusätzlich Lebensläufe der benannten Personen beizufügen.

Projektleitende/r	Name:	
	Mitarbeiter des Mitglieds (nur bei Bietergemeinschaften anzugeben):	
	Telefon:	E-Mail:
	Fachrichtung:	
	Berufliche Qualifikation:	
	Berufserfahrung im Bereich Softwarebasierter On-Demand-Verkehr (Jahre):	

Stellvertretende/r Projektleitende/r	Name:	
	Mitarbeiter des Mitglieds (nur bei Bietergemeinschaften anzugeben):	
	Telefon:	E-Mail:
	Fachrichtung:	
	Berufliche Qualifikation	
	Berufserfahrung im Bereich Softwarebasierter On-Demand-Verkehr (Jahre):	

Formular XI
Eigenerklärung zu den persönlichen Referenzen des Projektleiters

(Das Formular ist von jedem Bieter auszufüllen. Bei Bietergemeinschaften kann dieses von jedem Mitglied oder von der Bietergemeinschaft als solche ausgefüllt werden. Für die Beschreibung/Darstellung und weitere Referenzprojekte können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

HINWEIS: Es sind **mindestens eine** vergleichbare persönliche Referenz des vorgesehenen Projektleiters (Formular X) nachzuweisen, die kumulativ die folgenden **Mindestanforderungen (a) – (c)** erfüllt:

(a) Erarbeitung einer softwarebasierten On-Demand-Verkehrsleistung. Eine solche liegt vor, wenn die Buchung der Fahrten bzw. Anmeldung der Fahrtwünsche und Distribution der Fahrzeuge mittels eines voll oder über Schnittstellen integrierten IT-Systems, bei dem die Buchung/Fahrtwunschanmeldung mindestens durch eine smartphonebasierte Buchungsapp für die Fahrgäste vorgenommen werden kann, und das innerhalb eines bestimmten Bediengebiets automatisch dynamische Fahrtrouten unabhängig von vorab festgelegten Fahrplänen oder Fahrtzeiten aufgrund der Fahrtwünsche vorgibt und automatisch und dynamisch mehrere Fahrtwünsche zu einer Fahrt zusammenfasst.

(b) Es darf sich bei den durchgeführten On-Demand-Verkehrsleistungen nicht um Taxi- (§ 47 PBefG) oder Mietwagenverkehre (§ 49 PBefG) gehandelt haben.

(c) Der Ausführungszeitraum muss überwiegend in den letzten 3 Jahren vor der Angebotsfrist (überwiegende Leistungserbringung nicht vor November 2023) gelegen haben.

Die Mindestanforderungen sind nachzuweisen. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Referenz _____ :

Auftrags-/Projektbezeichnung: _____

Art der Leistung:

Genehmigungsart (z.B. § 44 PBefG): _____

Genehmigungsinhaber: _____

Ort der Verkehrsleistung: _____
(Staat sowie Region/Landkreis/Stadt o.ä.)

Eingesetzte On-Demand-Softwarelösung: _____

Anzahl der gleichzeitig eingesetzten Fahrzeuge: _____

Anzahl der batterieelektrisch betriebenen Fahrzeuge: _____

Referenzgeber (=Auftraggeber): _____

Auftragnehmer: _____

Position des benannten Projektleiters: _____

Ansprechperson beim Auftraggeber mit Kontaktdaten: _____

Auftragswert: _____

Beginn Ausführungszeitraum (MM/JJJJ): _____

Ende Ausführungszeitraum (MM/JJJJ): _____

Kontrollfragen zum Auftragsinhalt der Referenz (bitte ankreuzen):

- Handelte es sich um eine softwarebasierten On-Demand-Verkehrsleistung, bei der die Buchung der Fahrten bzw. Anmeldung der Fahrtwünsche und Distribution der Fahrzeuge mittels eines voll oder über Schnittstellen integrierten IT-Systems, bei dem die Buchung/Fahrtwunschanmeldung mindestens durch eine smartphonebasierte Buchungsapp für die Fahrgäste vorgenommen werden kann, und das innerhalb eines bestimmten Bediengebiets automatisch dynamische Fahrtrouten unabhängig von vorab festgelegten Fahrplänen oder Fahrtzeiten aufgrund der Fahrtwünsche vorgibt und automatisch und dynamisch mehrere Fahrtwünsche zu einer Fahrt zusammenfasst wurden? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

- Handelte es sich bei den durchgeführten On-Demand-Verkehrsleistungen nicht um Taxi- (§ 47 PBefG) oder Mietwagenverkehre (§ 49 PBefG)? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

- Ist es zutreffend, dass der Ausführungszeitraum überwiegend in den letzten 3 Jahren vor der Angebotsfrist (überwiegende Leistungserbringung nicht vor November 2023) gelegen hat? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

Beschreibung des (jeweiligen) Auftrags/Projekts und Darstellung der erbrachten Leistungen.

Formular XII
Eigenerklärung zu den persönlichen Referenzen des stellvertretenden Projektleiters

(Das Formular ist von jedem Bieter auszufüllen. Bei Bietergemeinschaften kann dieses von jedem Mitglied oder von der Bietergemeinschaft als solche ausgefüllt werden. Für die Beschreibung/Darstellung und weitere Referenzprojekte können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

HINWEIS: Es sind **mindestens eine** vergleichbare persönliche Referenz des vorgesehenen stellvertretenden Projektleiters (Formular X) nachzuweisen, die kumulativ die folgenden **Mindestanforderungen (a) – (c)** erfüllt:

(a) Erarbeitung einer softwarebasierten On-Demand-Verkehrsleistung. Eine solche liegt vor, wenn die Buchung der Fahrten bzw. Anmeldung der Fahrtwünsche und Distribution der Fahrzeuge mittels eines voll oder über Schnittstellen integrierten IT-Systems, bei dem die Buchung/Fahrtwunschanmeldung mindestens durch eine smartphonebasierte Buchungsapp für die Fahrgäste vorgenommen werden kann, und das innerhalb eines bestimmten Bediengebiets automatisch dynamische Fahrtrouten unabhängig von vorab festgelegten Fahrplänen oder Fahrtzeiten aufgrund der Fahrtwünsche vorgibt und automatisch und dynamisch mehrere Fahrtwünsche zu einer Fahrt zusammenfasst.

(b) Es darf sich bei den durchgeführten On-Demand-Verkehrsleistungen nicht um Taxi- (§ 47 PBefG) oder Mietwagenverkehre (§ 49 PBefG) gehandelt haben.

(c) Der Ausführungszeitraum muss überwiegend in den letzten 3 Jahren vor der Angebotsfrist (überwiegende Leistungserbringung nicht vor November 2023) gelegen haben.

Die Mindestanforderungen sind nachzuweisen. Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Referenz _____ :

Auftrags-/Projektbezeichnung: _____

Art der Leistung:

Genehmigungsart (z.B. § 44 PBefG): _____

Genehmigungsinhaber: _____

Ort der Verkehrsleistung: _____
(Staat sowie Region/Landkreis/Stadt o.ä.)

Eingesetzte On-Demand-Softwarelösung: _____

Anzahl der gleichzeitig eingesetzten Fahrzeuge: _____

Anzahl der batterieelektrisch betriebenen Fahrzeuge: _____

Referenzgeber (=Auftraggeber): _____

Auftragnehmer: _____

Position des benannten stellvertretenden Projektleiters: _____

Ansprechperson beim Auftraggeber mit Kontaktdaten: _____

Auftragswert: _____

Beginn Ausführungszeitraum (MM/JJJJ): _____

Ende Ausführungszeitraum (MM/JJJJ): _____

Kontrollfragen zum Auftragsinhalt der Referenz (bitte ankreuzen):

- Handelte es sich um eine softwarebasierten On-Demand-Verkehrsleistung, bei der die Buchung der Fahrten bzw. Anmeldung der Fahrtwünsche und Distribution der Fahrzeuge mittels eines voll oder über Schnittstellen integrierten IT-Systems, bei dem die Buchung/Fahrtwunschanmeldung mindestens durch eine smartphonebasierte Buchungsapp für die Fahrgäste vorgenommen werden kann, und das innerhalb eines bestimmten Bediengebiets automatisch dynamische Fahrtrouten unabhängig von vorab festgelegten Fahrplänen oder Fahrtzeiten aufgrund der Fahrtwünsche vorgibt und automatisch und dynamisch mehrere Fahrtwünsche zu einer Fahrt zusammenfasst wurden? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

- Handelte es sich bei den durchgeführten On-Demand-Verkehrsleistungen nicht um Taxi- (§ 47 PBefG) oder Mietwagenverkehre (§ 49 PBefG)? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

- Ist es zutreffend, dass der Ausführungszeitraum überwiegend in den letzten 3 Jahren vor der Angebotsfrist (überwiegende Leistungserbringung nicht vor November 2023) gelegen hat? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

Beschreibung des (jeweiligen) Auftrags/Projekts und Darstellung der erbrachten Leistungen.

Formular XIII
Verzeichnis der Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher

Ein Bieter oder eine Bietergemeinschaft kann andere Unternehmen ausschließlich als Eignungsverleiher bezogen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit einsetzen. Im Übrigen ist der Einsatz von Unterauftragnehmern und/oder Eignungsverleiher ausgeschlossen, § 47 Abs. 5 VgV.

Zulässig ist somit ausschließlich der folgende Fall:

Für die Benennung eines Unternehmens als Eignungsverleiher bezogen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit hat der Bieter zusätzlich einzureichen: (i) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter „Durchschnittlicher Jahresumsatz“ und/oder „Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz“ bezeichnete Unterlage (Formular VIII „Eigenerklärung zu den Umsätzen“) für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bieter auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (ii) die in Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I, IV und V auch von diesem benannten Dritten, (iii) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XIV.

Hinweis zur Eignungsleihe bezogen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: *Das Unternehmen wird in haftungsrechtlicher Hinsicht mit dem Zuschlagsempfänger als Gesamtschuldner behandelt. Es wird darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen nicht nur ein selbständiges, von dem Bieter rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein konzernverbundenes/-angehöriges Unternehmen zu verstehen ist.*

Ein Einsatz von Unterauftragnehmern und/oder Eignungsverleihern ist nicht vorgesehen.

Wir benennen folgende Unternehmen als Eignungsverleiher bezogen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Firma des eignungsverleihenden Unternehmens	Wirtschaftliche/ Finanzielle Eignungsleihe?
	☐ ja

Firma des eignungsverleihenden Unternehmens	Wirtschaftliche/ Finanzielle Eignungsleihe?
	☐ ja
	☐ ja

Hinweis: Zulässig ist ausschließlich die Benennung von Eignungsverleihern bezogen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit. Im Übrigen ist der Einsatz von Unterauftragnehmern und/oder Eignungsverleiher **ausgeschlossen**, § 47 Abs. 5 VgV.

ggf. zu vervielfältigen!

Formular XIV
Verpflichtungserklärung des Dritten zur Eignungsleihe der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

Firma des Bieters: _____

Firma des sich verpflichtenden Dritten: _____

Die Eignungsleihe besteht für den Bieters hinsichtlich folgender Nachweise der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bieters/der Bietergemeinschaft gemäß EU-weiter Bekanntmachung:

☐ Eigenerklärung zu den Umsätzen (Formular VII)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter/die o.g. Bietergemeinschaft zur gesamtschuldnerischen Haftung gemeinsam mit dem Bieter/Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber.

Die weiteren notwendigen Unterlagen betreffend unser Unternehmen haben wir beigefügt. Dies sind alle Erklärungen und Nachweise gemäß Abschnitt „Eintragung in ein relevantes Berufsregister“ der EU-weiten Bekanntmachung mit Ausnahme der Formulare I , IV und V.

_____ _____

(Ort, Datum) (Unterschrift des Dritten, Firmenstempel)